



Gewerkschaftsrechte

Zweck des Briefings:

- Für EB-148 Kenntnisnahme der Arbeit im Bereich Gewerkschaftsrechte.

Bezieht sich auf:

- ✓ Aktionsprogramm Abschnitte 2C (Die Arbeitnehmerrechte im öffentlichen Sektor) und 4 (Der Plan der IÖD zur Verteidigung und Ausweitung der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte)

Hintergrund:

Der Schutz der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte bildet eine der Kernaktivitäten der PSI. PSI kritisiert öffentlich Verstöße gegen Menschen- und Gewerkschaftsrechte zum Schaden der Beschäftigten in öffentlichen Diensten und arbeitet in Fällen gravierender Rechtsverletzungen gemeinsam mit ihren Mitgliedern und anderen nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen zusammen.

Diskussion:

IAK 2015 und das Streikrecht: Auf der Internationalen Arbeitskonferenz (IAK) im Juni 2015 hat PSI ihre Arbeit im Ausschuss für die Durchführung der Normen (CAS) wie bereits in den Jahren zuvor fortgesetzt und sich gemeinsam mit ihren Mitgliedern sowohl im Ausschuss selbst als auch in der Arbeitnehmergruppe zu Wort gemeldet. PSI hat an der Aufarbeitung der Streikrechtsverletzungen in den Ländern Kamerun, Algerien, Guatemala, Türkei, Korea, Swasiland, Spanien, Italien, Venezuela und Mexiko mitgearbeitet. Es wurden in allen Fällen Schlussfolgerungen vorgelegt, aber der zugrundeliegende Konflikt zwischen Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen hinsichtlich des Streikrechts behindert weiterhin die Funktion des CAS und der IAO-Überwachungsmechanismen. Während die Arbeitgeber von den Regierungen scharf wegen ihres Verhaltens kritisiert wurden, beharrten diese auf ihrem Standpunkt zum Streikrecht. Der Waffenstillstand bleibt nach Meinung von PSI äußerst instabil und unausgewogen.

PSI hat während der IAK ebenfalls eine Informationsveranstaltung zum Thema Arbeitsschutz veranstaltet und die Grundsatzvereinbarung angesprochen, die die IAO mit der ISO unterzeichnet hat. Sie beinhaltet, dass die IAO die Entwicklung einer Norm für ein Managementsystem für Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz *de facto* an die ISO ausgelagert hat. PSI ist der Meinung, dass die vorgeschlagene Norm das Mandat der IAO mit Füßen tritt und dass sie deshalb in der Schublade verschwinden sollte. Zu diesem Thema hat PSI vor kurzem ein Informationsschreiben an ihre Mitglieder veröffentlicht und ist darin auf den *Draft International Standard (DIS) on occupational health and safety management systems (Internationaler Normentwurf über Arbeitsschutz-Managementsysteme)* eingegangen, über den am 12. Mai 2016 abgestimmt werden muss und der eventuell die britische Norm OSHAS 18001 ersetzt.

Aktionen seit EB-147: PSI hat Unterstützungs- und Solidaritätsschreiben an Mitglieder in El Salvador, Ecuador, Türkei, Ägypten, Peru, Guatemala und Finnland gesandt. PSI hat ebenfalls in Zusammenarbeit mit LabourStart eine Solidaritätskampagne für streikende PCS-Mitglieder in der National Gallery in London in die Wege geleitet.

Im Juli 2015 hat die britische Regierung das *Trade Union Bill* veröffentlicht, ein Gesetz, das weitgehende Maßnahmen zur Einschränkung der Möglichkeiten von Gewerkschaften und ihrer Mitglieder enthält, sich kollektiv zu organisieren und Arbeitskampfmaßnahmen zu ergreifen. PSI ist extrem besorgt und opponiert gegen dieses Gewerkschaftsgesetz, das in unseren Augen in

gravierender Form fundamentale Menschen- und Gewerkschaftsrechte wie die Vereinigungsfreiheit und das Streikrecht im VK untergräbt. Protestschreiben wurden an die EU-Kommission versandt und Vorlagen an die britische Regierung wurden erarbeitet.

Am 14. September hat PSI im Namen von 230.000 kanadischen BundesbeamtenInnen eine von der ACFO verfasste Beschwerde bei der IAO wegen Verletzung der Übereinkommen 87, 98 und 151 eingereicht.

Ein Regionalbericht über Gewerkschaftsrechte im öffentlichen Sektor in Afrika und der Region MENA wurde für die PSI-Regionalkonferenz für die afrikanischen und arabischen Länder erstellt.

Am 19. und 20. September hat PSI an der LabourStart-Konferenz in Brüssel teilgenommen, am 5. und 6. Oktober an der FES-Kampagnenkonferenz in Berlin. Am 1. Oktober hat PSI ebenfalls an einer internationalen Tagung über das Streikrecht teilgenommen, veranstaltet von Amnesty International und ICTUR in London.

2016 wurden Protest- und Unterstützungsschreiben an 13 Länder gesandt, dazu gehörten (in chronologischer Reihenfolge) die Türkei, Korea, Kolumbien, Griechenland, Algerien, die Ukraine, Guinea, Pakistan, Marokko, Honduras, Ägypten, Indien, Tunesien und auch die IAO. Im Hinblick auf die Situation in Ecuador und Liberia wurden gemeinsam mit anderen Mitgliedern Beschwerden beim Ausschuss für Vereinigungsfreiheit (CFA) eingereicht.

Im März hat PSI ebenfalls an der 326. Tagung des IAO-Verwaltungsrates teilgenommen und sich an den Diskussionen über die Reform des Verwaltungsgerichts der IAO sowie an den Diskussionen über die Beschwerde wegen der Missachtung des IAO-Übereinkommens 87 in Guatemala beteiligt. Diese Beschwerde war von Delegierten auf der IAK 2012 unter Artikel 26 der IAO-Satzung eingereicht worden.

Auswirkungen auf den Haushalt: Vom Haushalt 2015 abgedeckt.

Nächste Schritte:

PSI bereitet vor dem Hintergrund der schwierigen Lage im Land eine Informationsreise nach Korea in Abstimmung mit anderen internationalen Branchengewerkschaften vor. Seit Februar 2016 sind 15 Gewerkschaftsmitglieder, darunter der Präsident der KCTU und der Vizepräsident der KPTU, wegen gewerkschaftlicher Aktivitäten im Gefängnis, die gesetzlich nicht verboten sind. Weiterhin wurden mehr als 400 GewerkschafterInnen von der Polizei wegen ihrer Teilnahme an einer Demonstration im November 2015 vorgeladen.

PSI verfolgt gemeinsam mit dem EGÖD die Ereignisse in der Türkei, wo mit der Eskalation des Syrienkonflikts die Verletzungen von Menschen- und Gewerkschaftsrechten massiv zugenommen haben. Die Mitglieder haben PSI über Ermordungen, Einschüchterung und Verhaftung von GewerkschafterInnen im Südosten des Landes berichtet, ähnliche Angriffe richteten sich direkt gegen die kurdische Bevölkerung. PSI und EGÖD haben sich zweimal an die Regierung gewandt, um diese Situation anzuprangern und ein Ende dieser Gewalttaten zu fordern.

Im Vorfeld der IAK 2016 nimmt PSI an den Vorbereitungssitzungen für die Fallauswahl für den CAS in allen Regionen teil. PSI wird unter anderem drei „Prioritätsländer“ zur Diskussion vorschlagen: Algerien (Übereinkommen 87), Guatemala (87) und die Türkei (87 und 98). PSI organisiert ebenfalls eine Einführungstagung für alle Mitglieder sowie zwei Nebenveranstaltungen, von denen sich eine mit der Migrationskrise in Europa befasst.

EMPFEHLUNG AN DEN VORSTAND EB-148:

1. KENNTNISNAHME DER ARBEIT IM BEREICH GWERKSCHAFTSRECHTE UND WEITERE AKTIONEN.

JA / NEIN